

Bildung nach Bologna

Ein Kommentar von Thomas Brunner

*„Es kann keiner für den andern wesen und leben,
und ebensowenig denken und wollen.“*

Ignaz Paul Vital Troxler¹

Als nach der Wende 1989 eine weltweite Aufbruchsstimmung nicht nur den Begriff der wirtschaftlichen Globalisierung hervorgebracht und einen wahren Gründerboom im nun aufblühenden „Internetzeitalter“ ausgelöst hatte, sondern auch die Deregulierung und Entwirtschaftlichung des Staates gefordert wurde und der Begriff der mündig werdenden Zivilgesellschaft auf einmal in aller Munde war, da schien ein wirklicher Fortschritt in vielen gesellschaftlichen Bereichen in gestaltbare Nähe gerückt.

Insbesondere in der Bildungsdebatte wurden für Momente in weiten Kreisen neue Perspektiven ausgebildet, in denen Bildung nicht mehr der Knechtschaft des staatlichen Monopols unterjocht, sondern der Politik die Aufgabe zugesprochen wurde, nun der Wegbereiter einer neuen Bildungsautonomie zu sein. Denn, so wurde argumentiert, „Phantasie und Eigeninitiative sind nicht politisch diktierbar. Doch Politik könnte zur Innovation ermutigen. Die ‚autonome Schule‘, die ihr eigenes Profil erarbeitet, die befreit ist von standardisierten Lernzielen, ihr eigenes Budget verwaltet, wollen inzwischen alle. [...] Schulen, die mit Firmen kooperieren, ein Stadtteil-Café eröffnen, Eltern einbinden, monatelang an einem Musical arbeiten, können nicht gleichzeitig alles mögliche Wissen in ihre Kinder hineinfüllen. Wer Kinder ermutigt, ihren eigenen Fähigkeiten und Interessen nachzugehen, kann am Ende nicht von allen dieselben abfragbaren Lernleistungen erwarten. Zudem weiß heute niemand genau, welche Fertigkeiten und welches Wissen die Menschen künftig brauchen werden.“² Und selbst Vertreter des staatlichen Schulwesens, wie der Berliner Schulleiter Wolfgang Harnischfeger, machten deutlich, dass „bei der Kennzeichnung unserer Gegenwart als Wissensgesellschaft“ leicht übersehen wird, „dass Wissen ohne Bildung auf Dauer eine Gesellschaft seelenlos und inhuman macht.“³

Erstaunlicher Weise war diese freiheitlich gestimmte Phase in der Bildungsdebatte allerdings nur von kurzer Dauer, denn schleichend breitete sich spätestens seit der Bildungskonferenz in Bologna 1999⁴ wieder ein rückgewandtes, alles beherrschendes, staats-wirtschaftlich orientiertes Denken aus. Die ganze Tragweite dieser neuerlichen Zentralisationsbestrebungen wurde deshalb lange Zeit kaum bemerkt, da nun nationalstaatliches Denken im erweiterten Rahmen der Europäischen Union, also auf höherer Ebene, etabliert wurde. Damit wurde ein schleichender Entmündigungsprozess eingeleitet, wie er in dieser Form in modernen demokratischen Staaten noch nicht vorgekommen ist. Ab dem Jahr 2000 leitete dann die PISA-Studie⁵ den vollen Umbau der europäischen Bildungslandschaft im Sinne dieser erweiterten nationalstaatlichen Ausrichtung ein. Durch diese Politik wurde die gesamte Bildung in den Strudel einer Vermengung von Staats- und Wirtschaftsinteressen gezogen, der die eigentlich notwendige menschliche Entwicklungssphäre zunehmend zerstört. Der Schüler wird zum „Kunden“, Bildung zur nationalstaatlichen Investition, Allgemeinbildung zusehends durch Fach-Kompetenz-Orientierung ersetzt, die Abschlüsse werden standardisiert (Zentral-Abitur, Bachelor, etc.) und der individuelle Mensch zum Objekt des Arbeitsmarktes reduziert. "Die Wende zur Empirie in der Bildungspolitik hat entscheidend dabei geholfen, von gefühlter Wirklichkeit wegzukommen", sagt Bundes-

bildungsministerin Annette Schavan (CDU). "Bis zu Pisa konnte man ja behaupten, was man wollte."⁶ Glaubt Frau Schavan wirklich mit der Reduzierung auf das Wäg-, Mess- und Zählbare einer umfassenden menschlichen Bildung gerecht zu werden? Phänomenal zumindest, wie sie vom Schreibtisch aus die Richtlinien für die Pädagogik meint vorschreiben zu können. Wie radikal und anmaßend sich dieses Denken mittlerweile gebärdet, zeigt beispielsweise auch der Vorschlag des Präsidenten der FU-Berlin, Dieter Lenzen, der als Vorsitzender des „Aktionsrat Bildung“ den „Pflichtkindergarten für 2-Jährige“ fordert, und auf die Frage „Was, wenn Eltern ihr Kind nicht so früh in den Kindergarten geben wollen?“ schlicht antwortet: „Wir haben ja auch eine Schulpflicht, und Möglichkeiten, diese durchzusetzen, wenn Eltern sich verweigern.“⁷

Spätestens der Inhalt und der Tonfall eines solchen Beispiels müsste die Grenzwertigkeit dieser staatsgläubigen Bildungsoffensive erlebbar werden lassen, zumal sich die staatsgebundenen Hochschulinstitutionen angesichts der *menschheitlichen* Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Klimakatastrophe, expandierende soziale Ungleichheit, drohende Welt-Finanzkrisen, Terrorismus, etc.) sowieso zunehmend in ihrer „Forschung und Lehre“ als ungenügend erweisen.⁸ D.h., es müsste immer deutlicher werden, dass die Bildung, gerade um den Anforderungen der Gegenwart gerecht werden zu können, nicht mehr zentral-staatlich verwaltet werden darf, sondern in die übernationale Verantwortung, d.h. in die zivilgesellschaftliche Verwaltung der Menschen übergehen müsste. Die Befürchtung, dass die Bildung durch größere Autonomie in eine neue Abhängigkeit der Wirtschaft geraten könnte, übersieht, dass gerade die staatliche Bildungsbevormundung den Effekt mit sich bringt, dass wirtschaftliche Interessen federführend werden und eine elitäre Bildungslandschaft entsteht, weil der einzelne Mensch nicht als verantwortlicher Mitgestalter zur Geltung kommen kann. Eine Befreiung der Bildung würde hingegen gerade der Wirtschaft neue soziale Impulse zuführen.

Doch die Zivilgesellschaft, die hier ihre Verantwortung erkennen müsste, schlummert zumeist noch in Träumen des 19. Jahrhunderts, hat noch nicht den Glauben in die Macht des Einheitsstaates überwunden und folgt deshalb noch treu den neuen ideologischen und staatlichen Gerechtigkeitsutopien und Wirtschaftskonzepten. Ein wirkliches Selbstverständnis hat sie bis heute nicht ausgebildet. D.h., "was längst überfällig ist, wäre eine breite und offene Diskussion über die Bildung in Bezug auf Mensch und Gesellschaft"⁹, wie es jüngst Udo Herrmannstorfer auf den Punkt brachte. Doch woher soll diese Diskussion impulsiert werden? Wer soll sie anregen, wenn sie nicht wieder nur ein konventionelles Politiker- und Fachgelehrten-Gerede hervorbringen oder in unfruchtbarem Lobbyismus versinken soll?

Umso erfreulicher, dass nun die Studierenden selbst aktiv geworden sind. Zuerst waren es die Studierenden der Universitäten in Wien, dann auch Studierende deutscher Hochschulen, die mit ihren Protesten dafür Aufmerksamkeit erweckten, dass die seit der so genannten Bologna-Konferenz eingeleitete Verschulung und Standardisierung der Studiengänge wirkliche Bildungsprozesse zunehmend verunmöglicht. Diesen Protesten der unmittelbar Betroffenen folgten dann auch Besprechungen namhafter Persönlichkeiten in großen Presseorganen, die nun endlich deutlich zur Sprache bringen, welche technokratische Denkungsart diese so genannten „Reformen“ entsprungen sind. So war beispielsweise in einem Artikel von Adam Soboczyński in der Wochenzeitung DIE ZEIT zu lesen: „Der deutsche Professor nach neuem Wunschbild ist ein apparatschikhaft vernetzter Großorganisator von Studiengängen, Graduiertenkollegs und Sonderforschungsbereichen, der pflichtgemäß allerlei uninspirierte Sammelbände herausgibt, um seinen Brotgelehrtenfleiß zu dokumentieren. Ihm entspricht der Student, der sich nicht mehr um zwei Uhr nachts noch in Nabokovs Romane vertieft, sondern der um acht Uhr

morgens frisch rasiert den Hörsaal betritt, um seinem Workload gerecht zu werden. Der auch nicht mehr – sofern er engagiert und begabt ist – das Privileg genießt, von einem Dozenten frühzeitig in ein Oberseminar eingeladen zu werden, sondern der lemminghaft die für seine Alterskohorte vorgesehenen Pünktchen sammelt.“¹⁰ Dass mit dem „Brotgelehrtenfleiß“ Friedrich Schillers Antrittsvorlesung als Geschichtsprofessor in Jena von 1789 zitiert wird ist kein Zufall, denn Schiller war der Erste, der klar gestellt hatte: "Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann, und dieser Zweck der Menschheit ist kein anderer als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fortschreitung. Hindert eine Staatsverfassung, dass alle Kräfte, die im Menschen liegen, sich entwickeln, hindert sie die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht, und in ihrer Art noch so vollkommen sein.“¹¹ Und es darf als besonders erfreuliches Zeichen gewertet werden, dass die bedeutsamen Bemühungen des engen Freundes Friedrich Schillers, nämlich Wilhelm von Humboldts, nun auch wieder vom Staub des Missverstehens befreit werden: "Unsere Universitäten müssen Stiftungsuniversitäten werden. Bis auf den heutigen Tag krankt die deutsche Universität an ihrer Erfolgsgeschichte im neunzehnten Jahrhundert: Während Humboldt eine von staatlichem Einfluss freie Stiftungsuniversität intendierte, übernahm der preußische Staat die Berliner Gründung in seine Verantwortung, und baute sie zur Weltgeltung aus. (...) Da der Staat heute nicht mehr in der Lage ist, die Universitäten auskömmlich zu finanzieren, muss Humboldts 200 Jahre alte Idee endlich in die Tat umgesetzt werden: die führenden deutschen Universitäten müssen in Stiftungsuniversitäten umgewandelt werden, damit zu der knappen staatlichen Förderung größeres und kleineres zivilgesellschaftliches Engagement treten kann.“¹² Dass Herr Markschie so deutlich klarstellt, dass die *nationalstaatliche* „Erfolgsgeschichte“ der deutschen Universität des 19. Jahrhunderts für die Bildung im Zeitalter einer *globalen* Menschheitsgesellschaft kein Vorbild mehr sein kann, darf als wirklicher Fortschritt in der öffentlichen Debatte bezeichnet werden, und dass er von Humboldts Ideal einer von staatlichem Einfluss befreiten Stiftungsuniversität spricht, darf geradezu als historisch bedeutsamer Moment gewertet werden. Für Humboldt war Bildung eben nie eine *staatliche*, sondern immer eine *öffentliche* (zivilgesellschaftliche) Aufgabe!¹³ Humboldts Perspektive gewinnt insbesondere angesichts der internationalen Finanzkrise an Bedeutung, denn die Staaten leiden zunehmend an Überschuldung, wohingegen sich im privaten Sektor horrendes Vermögen stauen und letztendlich in der Spekulation verlieren. Sollen diese Vermögen wieder sozial und kulturell fruchtbar werden, dann muss der Zivilgesellschaft auch die entsprechende Verantwortung und Selbstverwaltung, insbesondere des Bildungsbereichs, zugestanden werden.

Diesen Begriff einer staatsunabhängigen und selbstverwalteten Bildung hat nach Humboldt dann nur noch Rudolf Steiner so klar ausgesprochen: „Nehmt dem Staat die Schulen ab, nehmt ihm das geistige Leben ab, gründet das geistige Leben auf sich selbst, lasst es durch sich selbst verwalten, dann werdet ihr dieses geistige Leben nötigen, den Kampf fortwährend aus seiner eigenen Kraft zu führen. Dann wird aber dieses geistige Leben auch von sich aus in der richtigen Weise zum Rechtsstaat und zum Wirtschaftsleben sich stellen können, wird zum Beispiel das geistige Leben gerade - ich habe das in meiner sozialen Schrift [Die Kernpunkte der sozialen Frage], die nunmehr fertig wird in den nächsten Tagen, ausgeführt -, dann wird das geistige Leben auch der richtige Verwalter des Kapitals sein.“¹⁴

Gerade angesichts der weltweiten Finanzkrise kann deutlich werden, welche Verantwortung in der Bildungsfrage insbesondere all jenen zu kommt, die sich dem Werk Rudolf Steiners verbunden fühlen.

Anmerkungen und Zitatangaben:

¹ Ignaz Paul Vital Troxler, *Fragmente*, St. Gallen 1936, S. 344

² *Die Woche*, Nr. 39 / 22. September 2000, Titelseite

³ *Die Woche*, Nr. 39 / 22. September 2000, S. 31

⁴ Im Jahre 1999 trafen sich 29 europäische Bildungsminister im italienischen Bologna, um über die Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulwesens zu beraten. Die Beratungen führten zur Unterzeichnung der – vorerst völkerrechtlich nicht bindenden – sogenannten „*Bologna-Erklärung*“ (19. Juni 1999), in der u.a. die Einführung eines zweistufigen Abschlussystems („Bachelor“ und „Master“), sowie Richtlinien für eine staatlich überwachte Bildungsqualitätssicherung als Ziele beschlossen wurden.

⁵ „Die PISA-Studien der OECD (engl.: *Organisation for Economic Co-operation and Development*, dt.: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) sind internationale Schulleistungsuntersuchungen, die seit dem Jahr 2000 in dreijährigem Turnus in den meisten Mitgliedstaaten der OECD und einer zunehmenden Anzahl von Partnerstaaten durchgeführt werden und die zum Ziel haben, alltags- und berufsrelevante Kenntnisse und Fähigkeiten 15-jähriger zu messen.“ (Zitiert aus „Wikipedia“)

⁶ *Spiegel online*, 26. 8. 2008

⁷ *Stern online*, 6. 3. 2008

Nachtrag: Herr Professor Lenzen, der mittlerweile von Berlin nach Hamburg gewechselt ist, scheint das Thema doch etwas differenzierter zu sehen, denn in anderen Stellungnahmen äußert er sich deutlich ablehnend gegenüber einer mit Staatsgewalt durchgeführten Schulpflicht, z.B.: „Ich frage mich, warum der Staat in Deutschland die Schulpflicht mit Zähnen und Klauen verteidigt. Die Antwort ist leider nicht schmeichelhaft: Adolf Hitler führte das Verbot des Hausunterrichts 1938 aus leicht durchschaubaren Gründen ein. Er wollte keine Bereiche entstehen lassen, die der staatlichen Kontrolle entzogen wären. Und dann? Was für Ulbricht und Honecker noch gegolten haben mag, ist für das wiedervereinigte Deutschland schwer verständlich. Vor welcher Freiheit hat man Angst? Machen wir uns nichts vor: Die Zahl von Politikern, die die Bevölkerung gern bevormunden, steigt, der Kampf gegen Religionsunterricht zeigt dieses ebenso wie wiederkehrende Debatten über eine Zensur des Internets. Und: Es kommt doch wohl darauf an, was Kinder gelernt haben, aber nicht durch wen. Das sollten Eltern entscheiden dürfen.“ (zitiert aus: „*Heimunterricht muss erlaubt sein*“, in: *Der Tagesspiegel*, Online, 25.05.2009)

⁸ Siehe: Ulrich Beck: *Weltrisikogesellschaft – Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit*. Frankfurt a. M. 2007

⁹ Udo Hermannsdorfer: *Der Kampf um die Aufgabe der Bildung - Menschenbildung oder Produktion von Humankapital?* In: *Sozialimpulse*, 2007, Nr. 3, S. 8

¹⁰ DIE ZEIT, 26.11.2009 Nr. 49, S. 55

¹¹ Friedrich Schiller, in: *Die Gesetzgebung des Lykurgus und Solon*

¹² Prof. Dr. Christoph von Marksches, Präsident der Humboldt Universität Berlin, in der November-Ausgabe (2009) der Zeitschrift *CICERO*, S. 80

¹³ „Öffentliche Erziehung scheint mir ganz außerhalb der Schranken zu liegen, in welchen der Staat seine Wirksamkeit entfalten muss.“ (aus: Wilhelm von Humboldt, *Ideen zu einem Versuch die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*, in *Sämtliche Werke*, 1999, Bd. 1, S. 226)

¹⁴ Rudolf Steiner, *Vergangenheits- und Zukunftsimpulse im soz. Geschehen*, Vortrag 21. März 1919 in Dornach, GA 190, Dornach 1980, S. 24